



**Staatsanwaltschaft Basel-Stadt**

**Jahresbericht 2021**



## **Impressum**

Staatsanwaltschaft Basel-Stadt  
Binningerstrasse 21  
4051 Basel  
Tel. +41 (0)61 267 71 71  
[www.stawa.bs.ch](http://www.stawa.bs.ch)

Redaktion und Gestaltung: Martin R. Schütz, Chef Medien und Information  
Fotos: Pascal Müller, Daniel Buchser, Forensik

Die Fotografien zeigen Gebäudedetails im Waaghof, dem Hauptsitz der Staatsanwaltschaft.

Der Jahresbericht erscheint aus ökologischen Gründen nur noch digital.

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Ersten Staatsanwaltes	5
Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt im Organigramm	6
Unsere Aufgaben und unsere Organisation	7
Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt in Zahlen	8
Ein Auszug aus der Polizeilichen Kriminalstatistik 2021	9
Die Kriminalpolizei	10
Die Allgemeine Abteilung	14
Die Abteilung Wirtschaftsdelikte	16
Die Strafbefehlsabteilung	19
Die Jugendanwaltschaft Basel-Stadt	20
Der Stab	24



# Vorwort des Ersten Staatsanwaltes

## Geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Liebe Kolleginnen und Kollegen

Viele von Ihnen kenne ich seit meiner Zeit als Staatsanwalt in unserem Hause, später als Leitender Staatsanwalt in der Allgemeinen Abteilung und nun nach mehr als zwölf Monaten als Erster Staatsanwalt seit vielen Jahren. Wir haben gemeinsam schon vieles erlebt, und es hat kaum je ein Berichtsjahr gegeben, zu dem wir nicht viele und verschiedenartige Herausforderungen sowie hohe Arbeitslast bilanziert haben. Wenn Sie durch unseren jüngsten Jahresbericht «scrollen» – er erscheint aus ökologischen Gründen nur noch digital –, dann stellen Sie fest: Daran hat sich auch im Jahr 2021 nichts geändert.

Die Falllast ist ungebrochen hoch. Auch im vergangenen Jahr haben wir während einiger Monate unter den erschwerten Bedingungen der Covid-19-Pandemie arbeiten müssen. Gleichwohl haben Sie alle sich engagiert und motiviert für eine qualitativ hochwertige Strafverfolgung in unserem Kanton eingesetzt. Dafür danke ich Ihnen an dieser Stelle bestens.

Neben Ihrem Engagement und Fachwissen unterstützt unser seit Jahrzehnten bewährtes, regelmässig überprüfbares und stets für unseren Kanton als ideal empfundenes Organisationsmodell eine möglichst effiziente Verfahrenserledigung. Es erlaubt nicht allein betriebswirtschaftlich schlanke und verhältnismässig ressourcensparende Strukturen, sondern auch interne Abläufe mit vergleichsweise geringen Reibungsverlusten. Die organisatorische Einbettung der Kriminalpolizei in der Staatsanwaltschaft ermöglicht uns zudem, spezialisierte Kriminalistinnen und Kriminalisten in der Abteilung Wirtschaftsdelikte und in der Jugendanwaltschaft zu integrieren – ein Erfolgsmodell ohne Zweifel. Es gibt keinen sachlichen Grund, daran grundsätzlich zu rütteln.

Sie wissen, dass wir in den vergangenen Jahren wiederholt darauf aufmerksam gemacht haben, dass sich die unter anderem auf die Schweizerische Strafprozessordnung (StPO) und die diesbezügliche Rechtsprechung zurückgehenden Mehrbelastungen – nebst stetiger Überprüfung der internen Abläufe und Strukturen – einzig mit mehr personellen Ressourcen nachhaltig ausgleichen lassen. Die soeben verabschiedete StPO-Teilrevision wird daran überhaupt nichts ändern – im Gegenteil.

Trotz einzelnen Teilschritten in den vergangenen Jahren sind wir nach wie vor deutlich von dem vor der am 1. Januar 2011 erfolgten Inkraftsetzung der eidgenössischen StPO vom damaligen Ersten Staatsanwalt hochgerechne-

ten Mehrbedarf von optimal 62 Stellen entfernt. Wir bleiben hier deshalb mit Nachdruck am Ball.

## Geschätzte externe Leserinnen und Leser

Indem Sie diesen Jahresbericht geöffnet haben, zeigen Sie Ihr Interesse an der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt – vielleicht, weil Sie bei einer «Partnerbehörde» arbeiten, sich in der Politik engagieren oder ganz allgemein neugierig sind auf die Strafverfolgung im dicht besiedelten Stadtkanton mit Zentrumsfunktion und am Dreiländereck. Ihr Interesse freut uns. Mit diesem Jahresbericht wollen wir Ihnen Einblick geben in unsere Tätigkeiten und Arbeiten, Herausforderungen darstellen und aufzeigen, wie wir mit ihnen umgehen.

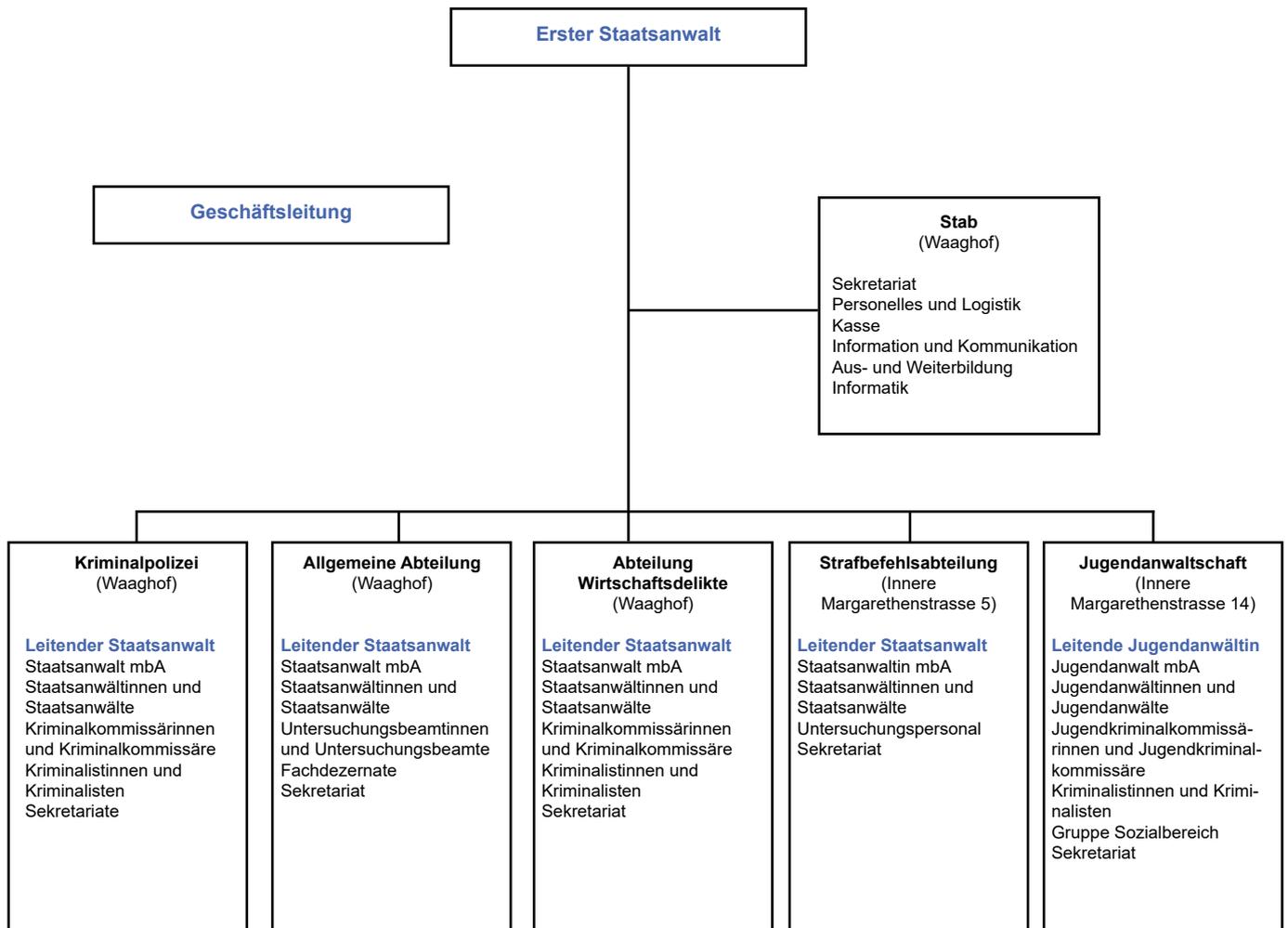
Solche Einblicke zu gewähren, ist uns wichtig. Strafverfolgung, allem voran das in unsere Zuständigkeit fallende, gemäss Strafprozessordnung grundsätzlich nicht öffentliche Vorverfahren, findet in aller Regel in einem sehr diskreten Rahmen statt. Nicht weil wir etwas zu verbergen hätten, sondern weil wir schützen wollen und von Gesetzes wegen auch schützen müssen: insbesondere die Unschuldsvermutung und die Persönlichkeitsrechte von Betroffenen. Wir sind uns dabei bewusst, dass dieser Anspruch gegenüber den von digitalen Medien genährten Zeitgeist steht. Allerdings sehen wir uns in einer kommunikationsethischen Verpflichtung gerade mit Blick auf die Individualrechte der Verfahrensbeteiligten, um deren Verletzung durch unsere Fall bezogene Öffentlichkeitsarbeit möglichst keinen Vorschub zu geben. Wir müssen und wollen das «öffentliche Interesse» daher strenger abwägen, als dies andere tun.

Die Rechte von Verfahrensbeteiligten halten wir grundsätzlich hoch. Wir finden es zwar richtig, dass sie politisch wie in der jüngsten StPO-Teilrevision überprüft, justiert und, wo geboten, angepasst werden. Denn auch wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Staatsanwaltschaft sind Bürgerinnen und Bürger. Wenn Sie die nachstehenden Berichte aus unseren Abteilungen lesen, dann werden Sie gewiss aber auch unseren Wunsch an den Gesetzgeber verstehen.

Wir setzen alles daran, unseren Auftrag streng nach den gesetzlichen Auflagen unabhängig, ergebnisoffen und in hoher Qualität zu erfüllen. Dabei sind wir aber auch darauf angewiesen, die notwendigen Mittel zu erhalten.

Sasha Stauffer, Erster Staatsanwalt

# Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt im Organigramm



# Unsere Aufgaben und unsere Organisation

Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt trägt als Strafverfolgungsbehörde dazu bei, dass die Bevölkerung im Stadtkanton sicher und gut zusammenleben kann.

Sie führt Strafverfahren bei Verbrechen, Vergehen und Übertretungen. Dabei ist sie allein dem Recht verpflichtet. Sie führt die Verfahren wie vom Gesetz vorgesehen unabhängig und ergebnisoffen. Sie erhebt und vertritt die Anklage, erlässt Strafbefehle und weitere Abschlussverfügungen wie Sistierung, Einstellung, Abtretung oder Nichtanhandnahme. Zudem leistet sie internationale sowie nationale Rechthilfe in Strafsachen.

Der Gesamtregierungsrat übt die administrative Aufsicht über die Staatsanwaltschaft aus. Sie ist administrativ dem Justiz- und Sicherheitsdepartement zugeordnet und wird vom Ersten Staatsanwalt geleitet.

Anzeigen werden von der **Kriminalpolizei** entgegengenommen. Sie leitet die Strafverfolgung ein und ergreift erste Massnahmen, wie etwa die Feststellung des Tatbestandes, die Sicherung von Beweismitteln oder die Fahndung nach flüchtigen Verdächtigen. Ferner schliesst sie auch Vorverfahren mittels Nichtanhandnahme, Einstellung oder Strafbefehl ab.

Die **Allgemeine Abteilung** der Staatsanwaltschaft ergänzt den Ablauf einer Strafuntersuchung durch weitere Untersuchungen und Einvernahmen oder holt je nach

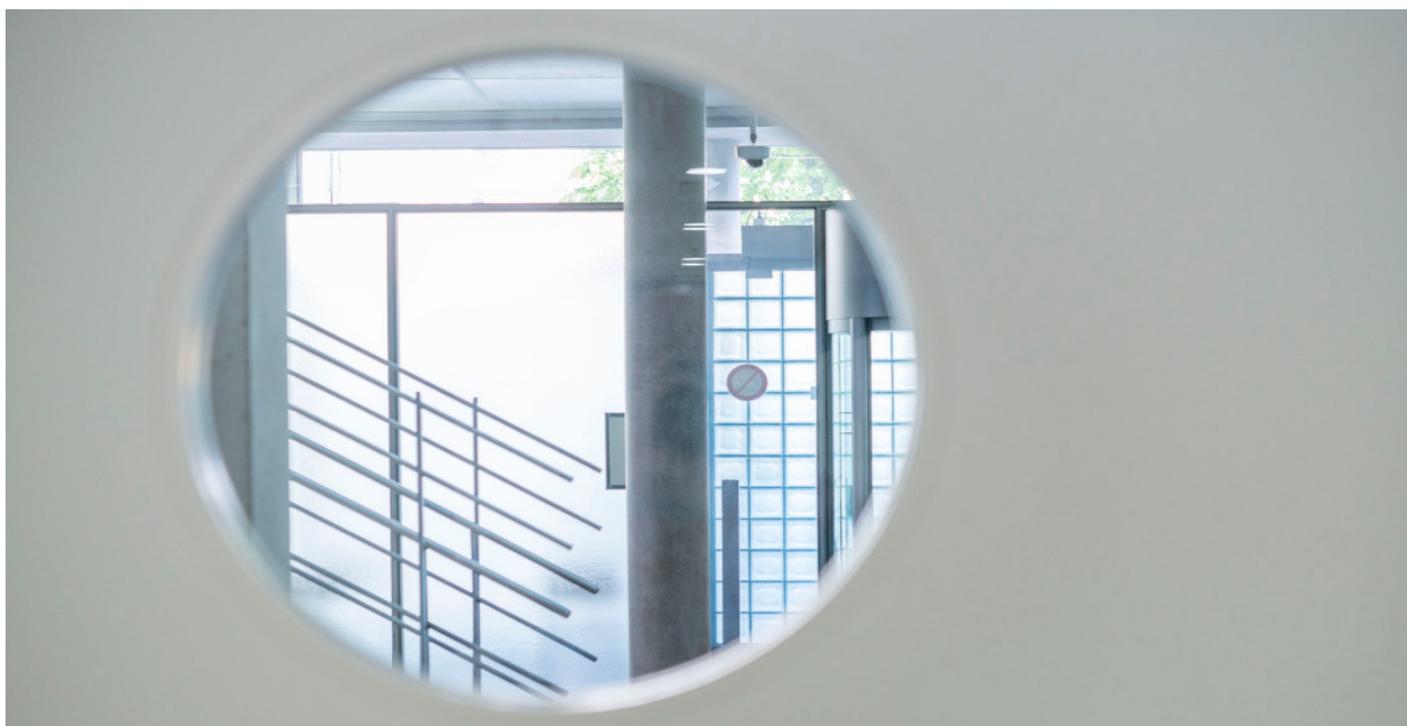
Situation die notwendigen Gutachten ein. Sie schliesst das Verfahren durch Anklageerhebung oder Erlass eines Strafbefehls ab oder stellt es ein.

Untersuchungsverfahren zu Delikten, die sich im wirtschaftlichen Bereich abspielen, werden von der **Abteilung Wirtschaftsdelikte** übernommen. Die Verfahren werden in der Regel von der Anzeige bis zum Abschluss bearbeitet.

Die **Strafbefehlsabteilung** nimmt die Aufgaben der Verfahrensleitung wahr gegenüber der Kantonspolizei sowie verschiedenen Verwaltungsbehörden im Kanton Basel-Stadt und schliesst deren Ermittlungen mittels Erlass eines Strafbefehls, Anklageerhebung oder Einstellung des Verfahrens ab.

Die Aufgabe der **Jugendanwaltschaft** liegt darin, die Verfahren gegen Unmündige zu führen und auch die Sanktionen zu vollziehen. Ausserdem befragt die Jugendanwaltschaft im Auftrag der Staatsanwaltschaft oder der auswärtigen Stellen alle minderjährigen Tatzeugen, insbesondere auch Opfer von Sexual- und Gewaltdelikten.

Der **Stab**, welcher zugleich als Führungsunterstützung des Ersten Staatsanwalts fungiert, ist verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit, die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden, das Personal- und Rechnungswesen, die Logistik sowie den gesamten Informatiksupport.



# Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt in Zahlen

## Verfahrenserledigungen im Erwachsenenbereich

	2019	2020	2021	Veränderung 2021 gegenüber 2020
<b>Abschlussart</b>				
Anklageschriften	258	305	245	-60
angeklagte Personen	340	381	381	0
Strafbefehle	25'821	18'265	20'217	1952
Einstellungen, Nichtanhandnahmen und Abtretungen	4583	6183	4247	-1936
<b>Total (Abschlussarten)</b>	<b>30'662</b>	<b>24'753</b>	<b>24'709</b>	<b>-44</b>
<b>Pendenzenlage</b>				
Rückstände <sup>1</sup>	3566	2555	2844	289
Pendenzen <sup>2</sup>	10'117	9774	9980	206

<sup>1</sup> Rückstände gemäss § 98 Abs. 1 Ziff. 3 GOG sind Verfahren gegen bekannte Täterschaft, deren Einleitung mehr als sechs Monate zurückliegt und die noch nicht abgeschlossen sind.

<sup>2</sup> Die Pendenzen umfassen sämtliche Anzeigen gegen bekannte und unbekannte Täterschaft sowie nationale und internationale Rechtshilfe.

## Gerichtsverhandlungen in Anwesenheit der Staatsanwaltschaft<sup>3</sup>

	2019	2020	2021
<b>Allgemeine Abteilung</b>			
Anzahl Verhandlungen	186	175	198
Anzahl Arbeitstage à 8.4 Std.	175.5	189	208.5
<b>Abteilung Wirtschaftsdelikte</b>			
Anzahl Verhandlungen	10	13	16
Anzahl Arbeitstage à 8.4 Std.	14	32	22

<sup>3</sup> Die Staatsanwaltschaft hat die Anklage vor Gericht gemäss Art. 337 Abs. 3 StPO persönlich zu vertreten, wenn sie eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr oder eine freiheitsentziehende Massnahme beantragt.

# Ein Auszug aus der Polizeilichen Kriminalstatistik 2021

## Straftaten Basel-Stadt gemäss Strafgesetzbuch: Aufklärung und Vorjahresvergleich

	2020		2021	
	Straftaten	Aufklärung	Straftaten	Aufklärung
<b>Gesamttotal Strafgesetzbuch</b>	<b>20'190</b>	<b>42,4%</b>	<b>22'585</b>	<b>39,3%</b>
<b>Total gegen Leib und Leben</b>	<b>1341</b>	<b>82,7%</b>	<b>1251</b>	<b>81,6%</b>
Vollendete Tötungsdelikte (Art. 111–113/116)	1	100,0%	2	100,0%
Versuchte Tötungsdelikte (Art. 111–113/116)	9	100,0%	18	94,4%
Schwere Körperverletzung (Art. 122)	21	85,7%	22	68,2%
Einfache Körperverletzung (Art. 123)	297	69,0%	296	73,3%
<b>Total gegen das Vermögen</b>	<b>14'001</b>	<b>29,5%</b>	<b>15'857</b>	<b>28,0%</b>
Diebstahl ohne Fahrzeuge (Art. 139)	6055	34,5%	7034	33,6%
- davon Einbruchdiebstahl	788	24,7%	1277	19,1%
- davon Entreisddiebstahl	22	13,6%	36	16,7%
Fahrzeugdiebstahl (Art. 139)	3122	4,9%	3418	4,1%
Raub (Art. 140)	114	41,2%	95	42,1%
Sachbeschädigung ohne Diebstahl (Art. 144)	1471	32,6%	1440	28,2%
Betrug (Art. 146)	1238	57,5%	1133	55,2%
Erpressung (Art. 156)	36	22,2%	52	23,1%
Konkurs, Betreibungsdelikte (Art. 163–171)	30	100,0%	48	100,0%
<b>Total gegen Ehre, Geheim-, Privatbereich</b>	<b>861</b>	<b>81,5%</b>	<b>914</b>	<b>80,7%</b>
Üble Nachrede + Verleumdung (Art. 173 + 174)	141	69,5%	125	73,6%
<b>Total gegen die Freiheit</b>	<b>2340</b>	<b>53,8%</b>	<b>3027</b>	<b>45,8%</b>
Drohung (Art. 180)	570	83,3%	529	80,0%
Nötigung (Art. 181)	92	72,8%	119	77,3%
Menschenhandel (Art. 182)	11	45,5%	10	10,0%
Freiheitsberaubung (Art. 183)	26	65,4%	11	81,8%
Hausfriedensbruch ohne Diebstahl (Art. 186)	254	79,5%	310	88,1%
<b>Total gegen die sexuelle Integrität</b>	<b>321</b>	<b>64,8%</b>	<b>256</b>	<b>62,5%</b>
Sexuelle Handlungen mit Kindern (Art. 187)	27	85,2%	25	76,0%
Vergewaltigung (Art. 190)	23	73,9%	23	65,2%
Exhibitionismus (Art. 194)	26	80,8%	20	75,0%
Pornografie (Art. 197)	90	57,8%	59	59,3%
<b>Total gemeingefährliche Verbrechen, Vergehen</b>	<b>32</b>	<b>68,8%</b>	<b>22</b>	<b>54,5%</b>
Brandstiftung (Art. 221)	17	70,6%	7	85,7%
<b>Total gegen die öffentliche Gewalt</b>	<b>612</b>	<b>94,8%</b>	<b>644</b>	<b>96,1%</b>
Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte (Art. 285)	306	97,1%	319	97,5%
<b>Total gegen die Rechtspflege</b>	<b>134</b>	<b>92,5%</b>	<b>129</b>	<b>93,0%</b>
Geldwäscherei (Art. 305 <sup>bis</sup> )	86	95,3%	70	97,1%
Übrige Straftaten gegen das Strafgesetzbuch (StGB)	548	78,6%	485	77,9%

# Die Kriminalpolizei

**Die Kriminalpolizei ist weiterhin überlastet. Die Bearbeitung der Strafverfahren wird seit Jahren kontinuierlich aufwändiger, benötigt mehr Personalressourcen, dauert länger und verursacht mehr Kosten. Folglich steigt seit längerem auch die Zahl der Pendenzen und der Rückstände – trotz einzelner zusätzlicher Stellen.**

## Überblick

Die Kriminalpolizei richtete sich auch im Jahr 2021 neben den absolut prioritär zu bearbeitenden Haftfällen und den wegen schwerer Straftaten ebenfalls vordringlich zu führenden Verfahren nach den vom Regierungsrat festgelegten Schwerpunkten zur Kriminalitätsbekämpfung und Strafverfolgung. So wurden gezielt die drei – im gesellschaftlichen Fokus stehenden – Deliktsfelder Gewaltstraftaten, Einbruchdiebstahl und Menschenhandel bekämpft.

Allerdings besteht seit der Einführung der schweizerischen Strafprozessordnung im Jahr 2011 in der Rechtsprechung eine starke Tendenz zur Formalisierung des Strafprozesses. So sind insbesondere die Anforderungen an die Begründungsdichte und an die formell korrekte Eröffnung von Entscheidungen im Ermittlungsverfahren weiter gestiegen und verursachen einen nicht unerheblichen Zusatzaufwand.

Auch die vermehrte Gewährung von Teilnahmerechten an Einvernahmen verursacht erheblichen Aufwand, vor allem bei der Suche nach passenden Terminen und Räumlichkeiten sowie wenn eine direkte Konfrontation zwischen beschuldigter Person und Opfer vermieden werden muss, was insbesondere bei Sexualdelikten regelmässig der Fall ist. Regelmässig ist für eine einzige solche Beweiserhebung die Anwesenheit von sechs und mehr Personen nötig. Ausserdem haben die von den Gerichten immer

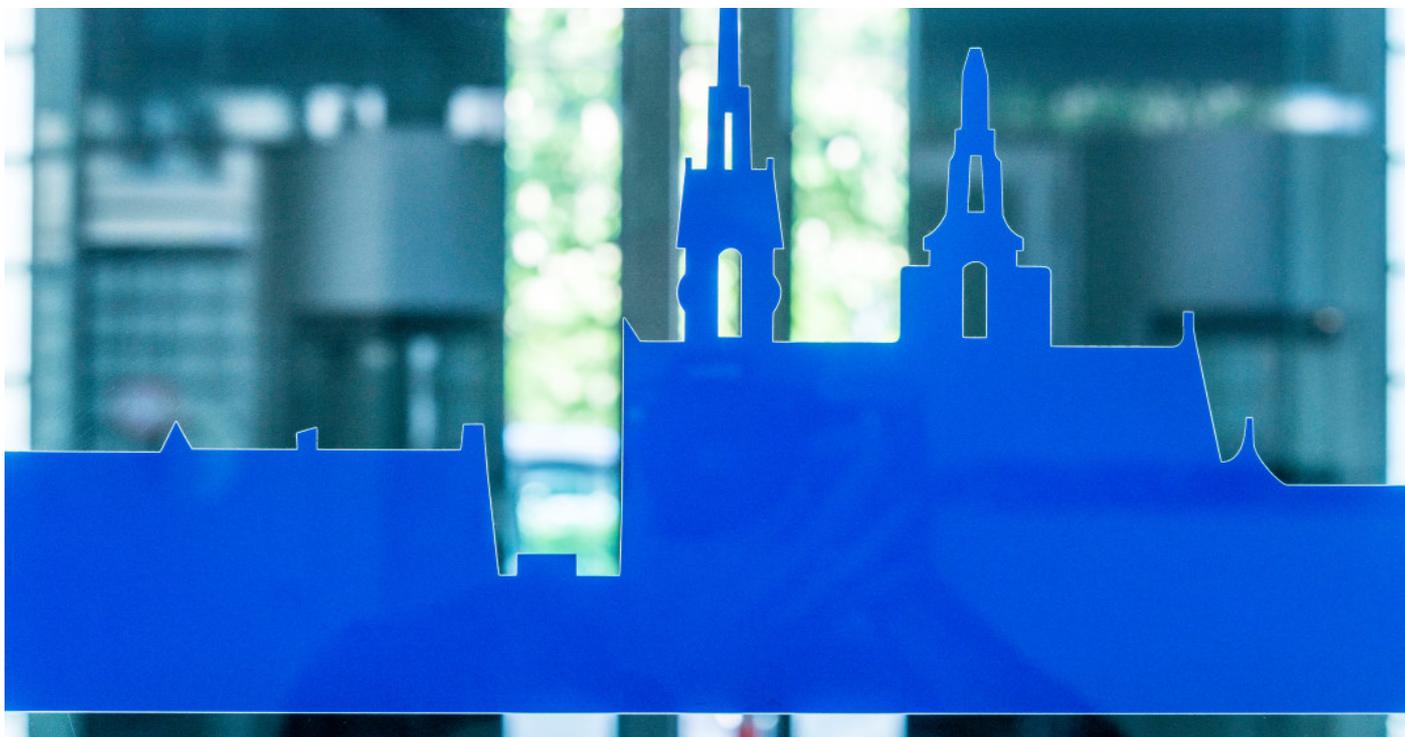
**«Die Gesamtheit all dieser Formalitäten verzögert die Verfahrenserledigung erheblich.»**

wieder geforderten Videokonfrontationen zur Beweiskraftsicherung von Aussagen den personellen und logistischen Aufwand in diesem Bereich ebenfalls mindestens verdoppelt.

Die Gesamtheit all dieser Formalitäten verzögert die Verfahrenserledigung erheblich und die Verfahrenserledigungen sind weiter gezwungen, Hunderte von minder prioritären Fällen, wie Drohungen, Tötlichkeiten, Ehrverletzungen etc. zurückzustellen. Dieser gesetzwidrige Zustand ist für alle beteiligten Parteien äusserst unbefriedigend und führt zu einem erheblich belasteten, stressigen Betriebsklima. Nicht zu unterschätzen ist die damit verbundene höhere Wahrscheinlichkeit von Qualitätsmängeln und Fehlentscheidungen. Zudem muss das Appellationsgericht immer öfter Rechtsverzögerungsbeschwerden – zu Recht – gutheissen. Das Bundesgericht hält dazu in ständiger Rechtsprechung fest: «Mangelnde Organisation oder Überlastung bewahren nicht vor dem Vorwurf der Rechtsverzögerung.» (Urteil 6B\_1251/2020 vom 15. Dezember 2020, m.w.H.).

Die Aufsichtskommission Staatsanwaltschaft empfiehlt in ihrem Jahresbericht 2018/2019, die Personalressourcen der Staatsanwaltschaft «namhaft, d.h. um mindestens 10 % aufzustocken». Die vom Grosse Rat im Dezember 2019 bewilligten zusätzlichen sechs Stellen beim kriminalistischen Personal der Kriminalpolizei konnten zwischenzeitlich besetzt werden, sind aber noch nicht ausreichend,





um die Pendenzen und Rückstände effektiv abbauen und dann nachhaltig auf einem vernünftigen Niveau halten zu können.

Solange die Kriminalpolizei mit ungenügenden personellen Ressourcen arbeitet, ist sie weiter gezwungen, in sehr vielen Strafverfahren die gesetzlichen Vorgaben der Strafprozessordnung systematisch zu verletzen. Die Staatsanwaltschaft verweigert damit Hunderten von Beschuldigten, Opfern und Geschädigten deren Recht auf unverzügliche Bearbeitung der Verfahren und sie muss schliesslich zahlreiche Fälle wegen eingetretener Verjährung einstellen, ohne dass die angezeigten Straftaten aufgeklärt und die Beschuldigten zur Verantwortung gezogen werden konnten. Dieser Zustand ist rechtsstaatlich nicht haltbar.

Im Sommer 2020 startete das Projekt Strukturanalyse Kripo (StraK). Analysiert wurden die aktuellen Strukturen und Prozesse mit dem Ziel, Schwächen im Hinblick auf die aktuellen und kommenden Herausforderungen aufzudecken und zu beheben sowie bestehende Stärken zu optimieren und auszubauen. Auf den 1. Januar 2022 wurden die bisherigen Fachgruppen aufgehoben und sind neu in den Dezernaten Vermögenskriminalität, Gewaltkriminalität, Betäubungsmittel- und Strukturkriminalität sowie Digitale Kriminalität zusammengefasst. Das Dezernat Betäubungsmittel- und Strukturkriminalität führt alle Ermittlungen rund um Betäubungsmittel, strukturelle Kriminalität (etwa Förderung der Prostitution, Menschenhandel und

-schmuggel) sowie zur Banden- und Clankriminalität. Dabei geht es auch darum, deliktsübergreifend Strukturen aufzudecken.

Die Spezialisierung der Ermittlerinnen und Ermittler auf Deliktsarten bleibt grundsätzlich bestehen, die neue Struktur erlaubt aber eine flexiblere, verbesserte und verstärkte Zusammenarbeit über die Grenzen der Fachbereiche und Dezernate hinaus. Die Kriminaltechnische Abteilung bleibt in ihrer heutigen Form bestehen. Ihr neuer Name – Forensik – ist indes Programm: Sie wird sich in den kommenden Jahren vertieft wissenschaftlich ausrichten müssen, um den aktuellen und künftigen Anforderungen gewachsen zu sein.

### Statistik

Auf Stufe Kriminalpolizei konnten im Jahr 2021 insgesamt 3549 (2020: 5100; 2019: 3351) Strafverfahren erledigt werden.

Aus Prioritäts- und Ressourcengründen musste weiterhin die Bearbeitung zahlreicher Verfahren aufgeschoben werden. Es handelt sich dabei permanent um rund 800 Verfahren der kleineren und mittleren Kriminalität.

Die Zahl der nicht aufgeschobenen hängigen Verfahren betrug am Ende des Berichtsjahres 5447 (2020: 4871). Die Zunahme um zwölf Prozent zeigt, dass sich das beste-

**«Aufgrund der genannten Umstände ist die Kriminalpolizei in erster Linie dringend auf zusätzliche Ermittlerinnen und Ermittler angewiesen.»**

hende strukturelle Ressourcenproblem weiter verschärft. Die Steigerungsrate seit Ende 2010 (3882) beträgt sogar vierzig Prozent – und dies, obschon sich die Kriminalitätsbelastung seit 2014 nicht wesentlich verändert hat.

Um die Anordnung von Untersuchungshaft zu vermeiden, haben die Staatsanwälte der Kriminalpolizei auch im Berichtsjahr vor allem im Rahmen des Pikettdienstes bei festgenommener Täterschaft mit unklarem Aufenthaltsstatus und damit bestehender Fluchtgefahr, aber bewiesener

und/oder zugegebener Tat während 365 Tagen 374 (2020: 372) Fälle innerhalb von 48 Stunden seit der Festnahme erledigt und den Beschuldigten vor der Entlassung aus dem Polizeigewahrsam einen Strafbefehl ausgehändigt. Damit wurde und wird vor allem bei Kriminaltouristinnen und -touristen das Zeichen gesetzt, dass Delinquenz im Kanton Basel-Stadt unmittelbar Folgen hat. Insgesamt erliess die Kriminalpolizei 987 (2020: 832) Strafbefehle.

**Ausblick**

Aufgrund der genannten Umstände ist die Kriminalpolizei in erster Linie dringend auf zusätzliche Ermittlerinnen und Ermittler angewiesen. Zudem gilt es, das Projekt Strukturanalyse Kripo im Jahr 2022 abzuschliessen. Bereits jetzt steht jedoch fest, dass die mit der Umsetzung erwarteten Effizienzgewinne das grundlegende Ressourcenproblem beim kriminalistischen Personal nicht zu lösen vermögen.





# Die Allgemeine Abteilung

**Das Jahr 2021 ist in der Allgemeinen Abteilung geprägt gewesen durch die Schwierigkeiten, welche die Pandemiesituation mit sich brachte, und die Bestrebungen, den gesetzlichen Auftrag trotz der Schwierigkeiten zu erfüllen. Dies ist angesichts dessen, dass insgesamt 1993 Verfahren erledigt sowie 208.5 Tage an Gerichtsverhandlungen (181 am Strafgericht, 27.5 am Appellationsgericht) verbracht worden sind, gelungen.**

Darüber hinaus nahm per Anfang April 2021 mit Urs Müller, Leitender Staatsanwalt, ein neuer Abteilungsleiter seine Arbeit auf und musste in die Arbeitsweise der Allgemeinen Abteilung eingeführt werden. Dies gelang dank der weiterhin in dieser Funktion tätigen Stellvertreter reibungslos.

## Überblick

In personeller Hinsicht hat die Allgemeine Abteilung erneut ein eher unruhiges Jahr hinter sich. Nachdem nach dreimonatiger Vakanz die Position des Abteilungsleiters per 1. April 2021 besetzt werden konnte, musste per Ende April eine langjährige und erfahrene Staatsanwältin ersetzt werden, welche aus familiären Gründen in eine andere Gegend der Schweiz umgezogen war.

Bald darauf, nämlich per Ende Juni, galt es, eine Leistungsträgerin im Team der Assistentinnen zu ersetzen, da diese beabsichtigt, eine weiterbildende Schule zu absolvieren. Damit nicht genug, hatte das Team der Assistentinnen wenige Monate später nochmals einen weiteren Abgang einer sehr leistungsstarken Mitarbeiterin zu verkraften, die sich beruflich neu orientiert hat. Diese Stellen konnten zwar nach relativ kurzen Vakanzzeiten mit sehr gut qualifizierten Nachfolgerinnen besetzt werden, deren Einarbeitung hat allerdings erwartungsgemäss sowohl zeitliche als auch personelle Ressourcen gebunden.

Das Team der Untersuchungsbeamtinnen und Untersuchungsbeamten konnte nach sorgfältiger Evaluation per Anfang Juni mit einer in der Strafverfolgung erfahrenen Person ergänzt werden, womit dieses nun komplett ist. Erwähnenswert hinsichtlich des Untersuchungsteams ist ausserdem, dass dieses einerseits durch eine längere, krankheitshalber begründete Abwesenheit und andererseits durch die Tatsache belastet wurde, dass ein Mitglied zufolge einer Maskentragdispens während langer Zeit

ausschliesslich im Home Office arbeiten konnte. Dies stellte den Zusammenhalt der Gruppe auf eine harte Probe.

Schliesslich musste per Ende des Berichtsjahres erneut der Abgang eines sehr erfahrenen Staatsanwaltes hingenommen werden, der per Anfang 2022 als Präsident des Strafgerichts Basel-Stadt tätig ist. Das Füllen dieser Lücke wird die Allgemeine Abteilung voraussichtlich noch während einer längeren Zeitspanne beschäftigen, wobei die betreffenden Arbeiten bereits aufgenommen worden sind.

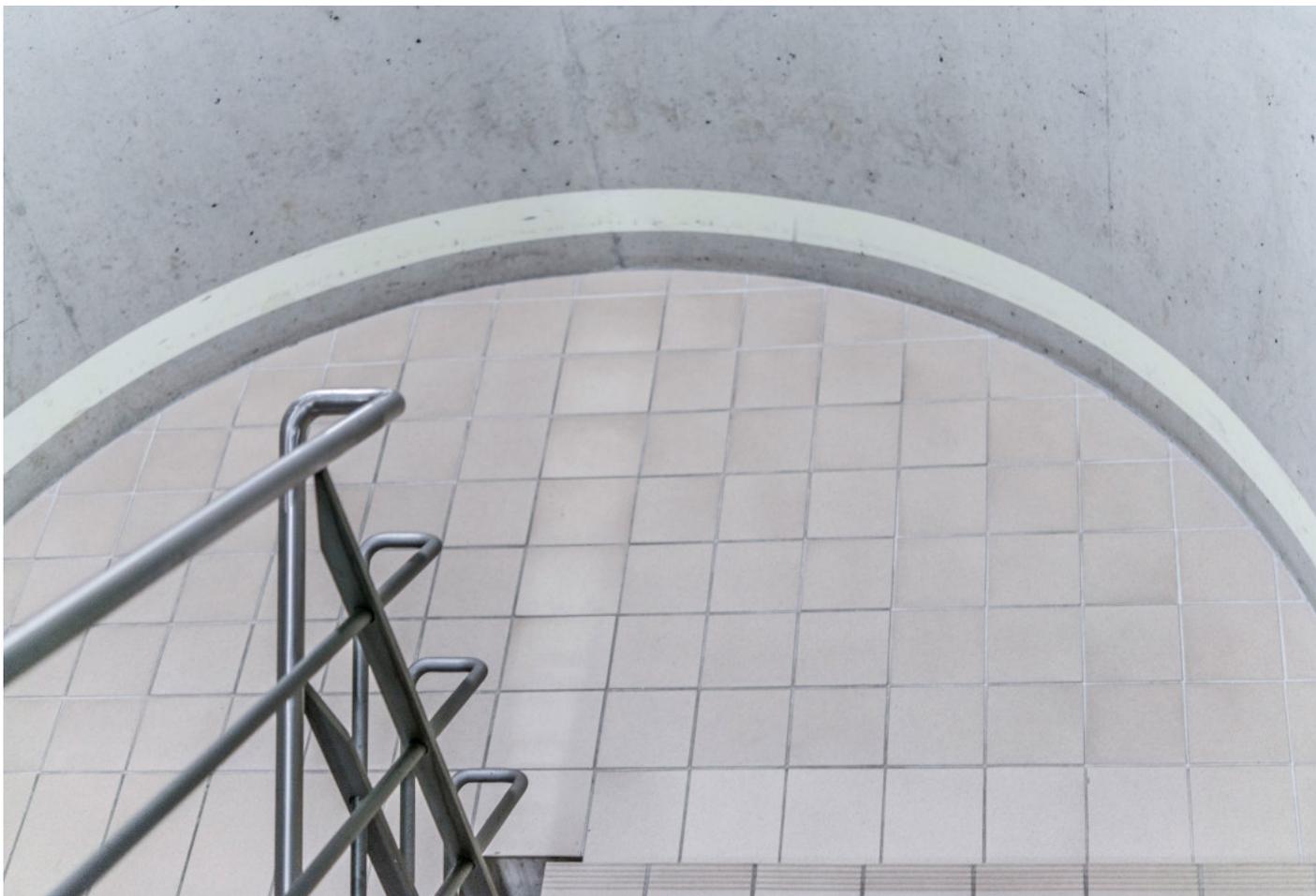
**«Diese hohe Auslastung veranlasste die Abteilungsleitung auch dazu, ihr Augenmerk vermehrt auf die Motivation und Gesunderhaltung der Mitarbeitenden zu richten.»**

Die Zusammenarbeit mit den anderen Abteilungen der Staatsanwaltschaft stellt sich unverändert dar, wobei der mit Abstand grösste Koordinationsbedarf gegenüber der Kriminalpolizei besteht. In dieser Hinsicht zeigt sich immer wieder, wie gross das Abhängigkeitsverhältnis zwischen der Allgemeinen Abteilung und der Kriminalpolizei tatsächlich ist.

So lässt sich bei jeder Massnahme, mit welcher die Kriminalpolizei ihre Produktivität zu steigern gedachte, beobachten, dass wenn diese Anpassung nicht eine koordinierte Fortsetzung bei der Allgemeinen Abteilung findet, die betreffenden Anstrengungen bezogen auf die ganze Staatsanwaltschaft nicht von Erfolg gekrönt sind. Dies liegt insbesondere daran, dass die durchschnittliche Belastung der Verfahrensleiterinnen und -leiter der Allgemeinen Abteilung per Ende des Jahres 2021 bei rund 67 Verfahren lag, weshalb keinerlei Spielraum mehr besteht, um auf veränderte Verhältnisse zu reagieren, ohne an anderer Stelle Abstriche zu machen.

Diese hohe Auslastung veranlasste die Abteilungsleitung auch dazu, ihr Augenmerk vermehrt auf die Motivation und Gesunderhaltung der Mitarbeitenden zu richten, zumal diese nebst den Erschwernissen, welche die Corona-





Pandemie mit sich brachte, auch vermehrt persönlichen Angriffen seitens der Presse oder Dritter ausgesetzt sind.

### Statistik

Im Jahr 2021 erledigten die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte der Allgemeinen Abteilung insgesamt 1993 Strafverfahren (Vorjahr 2160) und konnten damit ihre Leistung gegenüber dem Vorjahr nicht ganz bestätigen, blieben jedoch grundsätzlich im Rahmen des Durchschnitts der Vorjahre. Der im direkten Vergleich zum Vorjahr zu konstatierende Rückgang lässt sich in erster Linie auf die eingangs beschriebenen personellen Wechsel und Vakanz zurückführen, die einen direkten Einfluss auf den Fallausstoss hatten.

10.3 Prozent der erledigten Verfahren (205, Vorjahr 264) wurden durch Anklageerhebung, 61.2 Prozent (1219, Vorjahr 1281) durch Erlass eines Strafbefehls und 28.5 Prozent (569, Vorjahr 615) durch Erlass einer Einstellungs-

verfügung oder einer Nichtanhandnahmeverfügung oder eine Abtretung abgeschlossen. Per Jahresende waren auf der Allgemeinen Abteilung noch 1539 Verfahren (Vorjahr 1362) hängig. Dies entspricht einer durchschnittlichen Fallbelastung von ca. 67 Verfahren pro Staatsanwältin bzw. Staatsanwalt.

### Ausblick

Das Jahr 2022 wird verschiedene Herausforderungen für die Allgemeine Abteilung bereithalten. Zum einen bleibt es, die Entwicklung der Covid-Situation abzuwarten und deren Auswirkungen auf den Betrieb unter Beachtung der Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so gering wie möglich zu halten. Andererseits hat die Abteilung die Abgänge von zwei sehr erfahrenen und hoch qualifizierten Angehörigen des Staatsanwälte-Teams aufzufangen, wobei das Finden, die Einarbeitung und die Integration der betreffenden Neuzugänge mit Sicherheit nicht bereits innerhalb eines Jahres erledigt sein werden.

# Die Abteilung Wirtschaftsdelikte

**Die Covid-19-Pandemie hat selbstredend auch im Jahre 2021 den Geschäftsgang der Abteilung Wirtschaftsdelikte dominiert.**

In organisatorischer Hinsicht verblieb die Abteilung praktisch das ganze Jahr über im seit März 2020 herrschenden System, wonach wochenweise abwechselnd ein Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeitspflichten aus dem Home Office erfüllt, der andere Teil an ihren Arbeitsplätzen im Waaghof.

Wie bereits im letzten Berichtsjahr festgestellt, litt unter diesem Regime unweigerlich der soziale Kontakt und damit die Einheit der Abteilung Wirtschaftsdelikte, so dass erneut zu betonen ist, dass gerade im Zusammenhalt und in der Festigung des sozialen Gefüges innerhalb der Abteilung Wirtschaftsdelikte ein Schwerpunkt zu setzen sein wird, wenn sich die Lage dereinst wieder hoffentlich normalisiert.

## Überblick

In personeller Hinsicht gilt es, die erfolgreiche Absolvierung des CAS Financial Investigation durch einen Detektiv-Wachtmeister zu erwähnen. Ebenso konnten eine neue Staatsanwältin angestellt und das pensionsbedingte Ausscheiden eines langjährigen Kriminalkommissärs mit der abteilungsinternen Beförderung von Philipp Altenbach

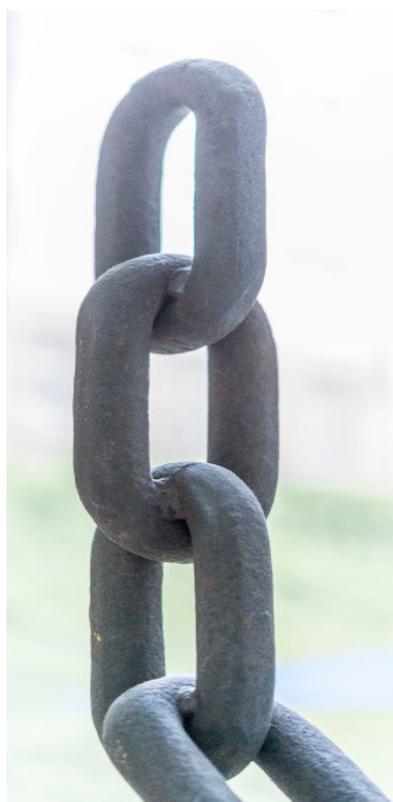
erfreulicherweise gelöst werden. Dessen Stelle sowie diejenige eines Detektivs, welcher zur Bundeskriminalpolizei gewechselt ist, konnten in der Folge wiederbesetzt werden, wobei eine Mitarbeiterin der Kriminalpolizei, welche ein Stage in der Abteilung Wirtschaftsdelikte absolvierte, fix übernommen wurde, so dass sich der Personalbestand unter dem Strich um eine Stelle reduzierte.

Dieser Umstand ist umso unerfreulicher, als die Abteilung Wirtschaftsdelikte nach wie vor mit einer Vielzahl von hochkomplexen und aktenmässig höchst umfangreichen Strafverfahren beschäftigt ist. In dem sich seit Ende des Jahres 2016 auftürmenden Grossfall – zweifelsfrei einem der grössten Wirtschaftsstraffälle in der Schweiz – ist nach wie vor kein Ende abzusehen, im Gegenteil kommen nach wie vor neue, teilweise hochbrisante Sachverhaltselemente hinzu, welche zeitweise bis zu einem Viertel des Personals der Wirtschaftsdelikte dauerhaft binden. Auch wenn in Kürze einer der Haupttäter angeklagt werden kann, führt dies zu keiner spürbaren Entlastung, sondern schafft lediglich Kapazitäten, (zu) lange liegen gelassenen Verdachtsmomenten wieder mehr Aufmerksamkeit zukommen lassen zu können.

Die Abteilung Wirtschaftsdelikte läuft ohne baldige Erhöhung des Personalbestandes immer mehr Gefahr, dass sich Verfahren türmen, welche nicht mehr zeitgerecht und in der notwendigen Qualität bearbeitet und abgeschlossen werden können.

Diese akute Gefahr beschleunigt der Umstand, dass sich die Abteilung Wirtschaftsdelikte seit dem Ausbruch der Coronavirus-Pandemie im März 2020 zunehmend mit der strafrechtlichen Aufarbeitung von Tatbeständen in diesem Zusammenhang konfrontiert sieht: Bislang ging es dabei in erster Linie um strafbare Handlungen rund um Covid-19-Kreditvereinbarungen, zunehmend kommen nunmehr aber Ermittlungen/Untersuchungen betreffend Missbrauch von Kurzarbeitsentschädigungen und Fälschung von Covid-19-Zertifikaten hinzu.

Zum jetzigen Zeitpunkt führt/führte die Abteilung Wirtschaftsdelikte gegen hundert Strafverfahren wegen Verdachts des Betrugs, der Urkundenfälschung und der Veruntreuung/ungetreuen Geschäftsbesorgung im Zusammenhang mit Covid-19-Kreditvereinbarungen mit einem Deliktsbetrag von gesamthaft fast elf Millionen Franken. Mehrere Dutzend dieser Fälle konnten in der Berichtsperiode zu Ende geführt werden und es kam unter anderem zu mehreren Urteilen des Strafgerichts Basel-



Stadt, in welchen die rechtliche Würdigung des Sachverhalts durch die Staatsanwaltschaft stets gestützt wurde.

Aber auch Strafverfahren im Zusammenhang mit zu Unrecht ausbezahlten Arbeitslosenentschädigungsbeträgen in Millionenhöhe beschäftigen die Mitarbeiterinnen der Abteilung Wirtschaftsdelikte ebenso wie Ermittlungen und Untersuchungen rund um gefälschte Covid-Zertifikate. Seit Kurzem ist zudem feststellbar, dass es von Seiten ausländischer Behörden zunehmend zu internationalen Rechtshilfen kommt, im Rahmen derer insbesondere wegen gefälschter Covid-Zertifikate teilweise umfangreiche Zwangsmassnahmen erfolgen müssen.

In der Zusammenarbeit mit der Fachgruppe 7 der Kriminalpolizei ergaben sich insbesondere dank der Involvierung von Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der Abteilung Wirtschaftsdelikte bereits in einer frühen Ermittlungsphase spürbare Effizienzsteigerungen. Es bleibt abzuwarten und zu hoffen, dass dieser vorsichtig positiven Entwicklung das nunmehr abgeschlossene Projekt StraK und die damit einhergehende Verfahrensführung durch Staatsanwälte der Kriminalpolizei noch zusätzlichen Schub verleiht.

### Statistik

Statistisch gesehen kam es im Berichtsjahr 2021 zur Bestätigung des langjährigen Trends einer permanent hohen Falleingangszahl an Wirtschaftsstrafverfahren: Wurden im Jahre 2019 nämlich 488 Strafverfahren eröffnet, erhöhte sich diese Zahl im Jahre 2020 auf 529 und ging im Berichtsjahr nur unwesentlich auf 507 zurück. Neben den bereits erwähnten Fallkomplexen schlug die unverändert hohe Anzahl von Verfahren im Bereich der Sozialstraffälle sowie der Schuldbetreibungs- und Konkursfälle zu Buche. Erledigt werden konnten in der Berichtsperiode 2021 den

**«Zum jetzigen Zeitpunkt führt/führte die Abteilung Wirtschaftsdelikte gegen hundert Strafverfahren wegen Verdachts des Betrugs, der Urkundenfälschung und der Veruntreuung/ ungetreuen Geschäftsbesorgung im Zusammenhang mit Covid-19-Kreditvereinbarungen mit einem Deliktsbetrag von gesamthaft fast elf Millionen Franken.»**

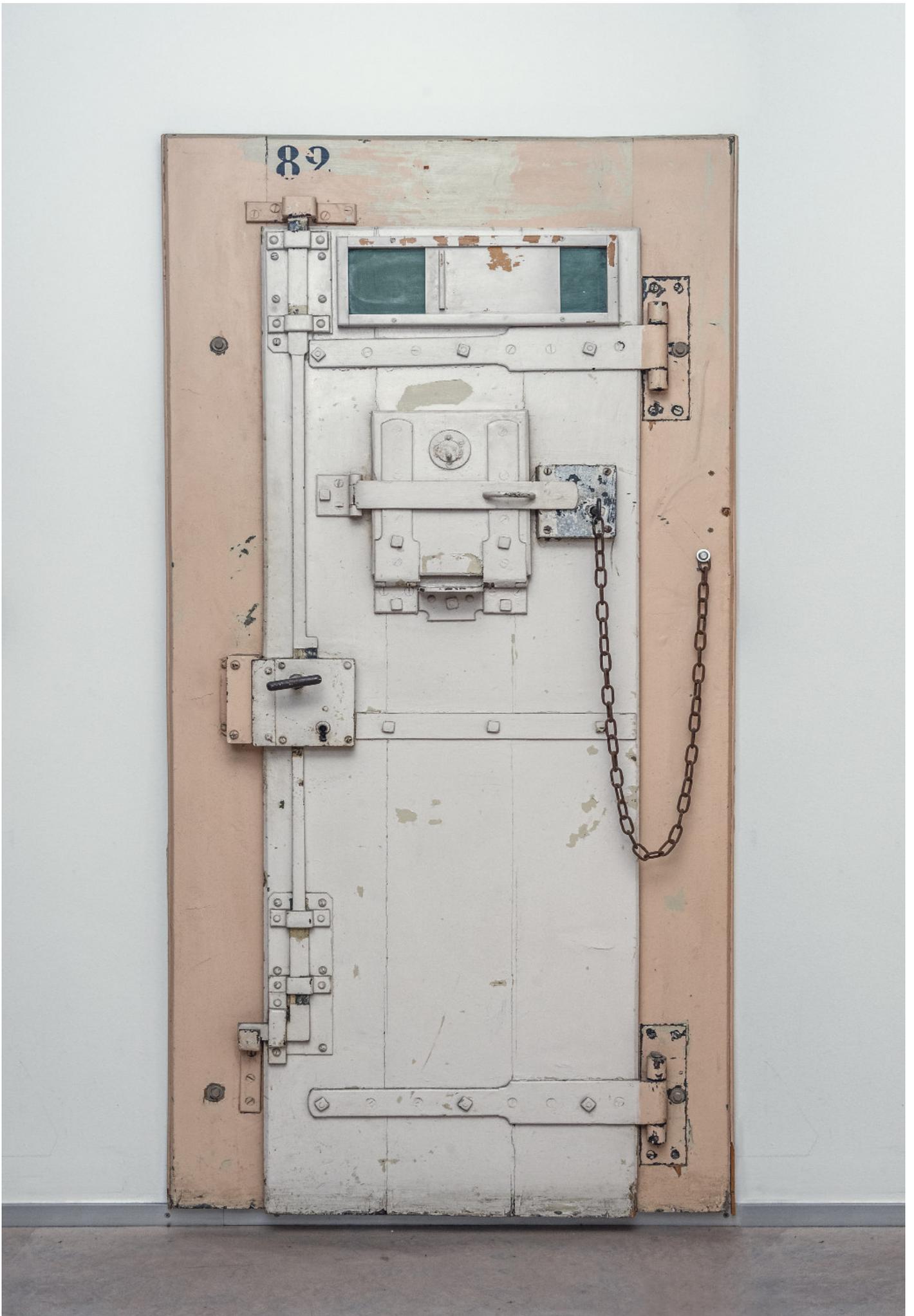
anhaltenden pandemiebedingten Widrigkeiten zum Trotz dennoch 383 Verfahren, unter anderem mit 36 Anklagen.

Was die teilweise umfangreichen Ermittlungen und Untersuchungen der internationalen Rechtshilfeersuchen in Wirtschaftsstrafverfahren anbetrifft, ging die Zahl der Fälle nach 49 im Jahre 2019 und 98 im 2020 im Berichtsjahr 2021 nur unwesentlich auf 80 zurück, wobei in diesem Zusammenhang insbesondere die komplexen und dazu noch organisatorisch herausfordernden Fälle von rechtshilfweise durchgeführten Befragungen von Verfahrensbeteiligten mittels Videokonferenzen erwähnenswert sind.

### Ausblick

Für die Entwicklung im Jahre 2022 gilt dieselbe Feststellung wie diejenige für das Berichtsjahr 2021: Sie bleibt stark von den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie abhängig, insbesondere vom Zeitpunkt, wann die zum Schutze der Gesundheit gebotenen Sicherheitsmassnahmen endlich spürbar reduziert werden können.





# Die Strafbefehlsabteilung

**Auch im elften Jahr ihres Bestehens nahm die Strafbefehlsabteilung eine Vielzahl von der Kantonspolizei und verschiedensten Verwaltungsbehörden mit Ermittlungsbefugnis überwiesene Strafverfahren entgegen und schloss sie ab. Die Einsprachequote gegen Strafbefehle verharrte erneut auf tiefem Niveau. Zu bewältigen waren ausserdem personelle und räumliche Veränderungen.**

## Überblick

Wie in den Vorjahren war die Fallbelastung auch in der vergangenen Berichtsperiode in der Abteilung hoch. Eine aus diesem Grund geschaffene zusätzliche Vollzeitstelle bei den Verfahrensleitungen (Staatsanwältinnen und Staatsanwälte) konnte im Oktober mit einer Staatsanwältin besetzt werden, die zuvor in einem anderen Kanton in der Strafverfolgung tätig war.

Eine akademische Mitarbeiterin nahm bereits im August ihre Arbeitstätigkeit auf, nachdem eine Staatsanwältin Ende Juni die Staatsanwaltschaft verlassen hatte. Beide neu angestellten Mitarbeiterinnen mussten allerdings zunächst eingearbeitet werden.

Die Abteilungsleitung nutzte die personellen Veränderungen, um bei den Verfahrensleitungen eine weitere Teilzeitstelle zu schaffen. Die Kanzlei war aufgrund der unverändert hohen Arbeitslast und der zunehmenden ressourcenintensiven gerichtlichen Anforderungen beim Ausfertigen und Zustellen von Entscheidungen weiterhin auf eine zusätzliche befristet angestellte Sachbearbeiterin angewiesen.

Um der Raumknappheit im Waaghof zu begegnen und Platz für die anderen Abteilungen zu schaffen, zog die Strafbefehlsabteilung im März in neue Räumlichkeiten an der Inneren Margarethenstrasse in Basel. Dank guter Planung und Vorbereitung konnte der Betriebsunterbruch minimal gehalten werden.

## Statistik

In statistischer Hinsicht wurden 17'829 (Vorjahr: 15'965) Strafbefehle erlassen und drei (7) Anklagen erhoben. Von den Strafbefehlen wurden 234 (157) Personen ausgehändigt, während sie sich noch im Freiheitsentzug befanden. Ausserdem wurden 937 (1094) Einstellungen bzw. Nichtanhandnahmen verfügt. Gegen 1033 (746) Strafbefehle ging eine Einsprache ein.

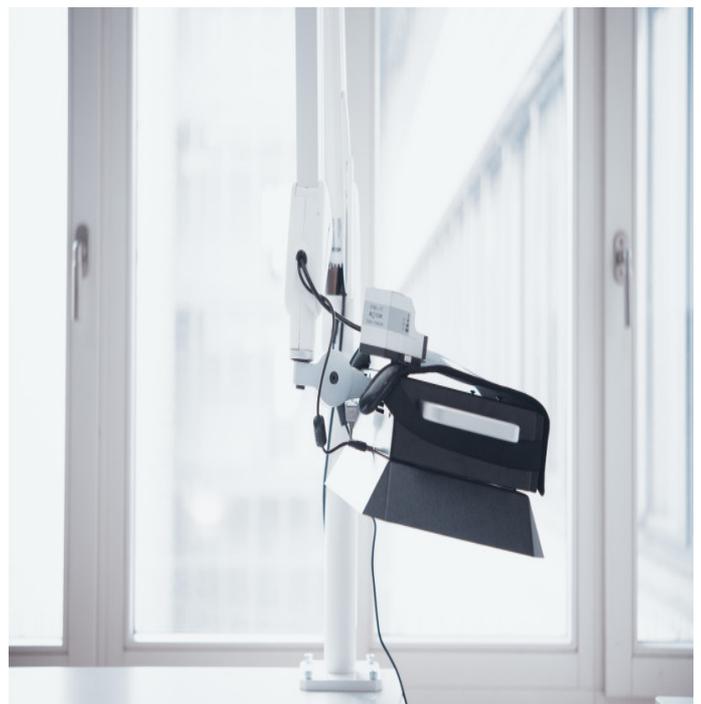
Die Einsprachequote von 5.8 Prozent erhöhte sich somit gegenüber dem Vorjahr (4.7%) lediglich geringfügig. Im Jahre 2021 wurden nach erhobener Einsprache und allfälligen zusätzlich durchgeführten Abklärungen 538 (393) Verfahren zur weiteren Beurteilung ans Strafericht überwiesen, wobei das erstinstanzliche Gericht in rund

**«Die Bewältigung der zunehmend anspruchsvollen und damit zeitintensiven Verfahrensführung im Massengeschäft wird die Strafbefehlsabteilung auch im 2022 fordern.»**

42 Prozent (45%) der Fälle lediglich über die Gültigkeit der zumeist verspätet eingereichten Einsprache befinden musste. 531 (385) der Einspracheverfahren wurden in der Strafbefehlsabteilung nach ergänzender Beurteilung und allenfalls zusätzlich erfolgter Beweisabnahme abgeschlossen.

## Ausblick

Die Bewältigung der zunehmend anspruchsvollen und damit zeitintensiven Verfahrensführung im Massengeschäft wird die Strafbefehlsabteilung auch im 2022 fordern. Neben der sorgfältigen Ausbildung der neu eingetretenen Mitarbeiterinnen überprüft und optimiert die Abteilungsleitung zu diesem Zweck stetig die eigenen Prozesse und die Schnittstellen zu anderen Behörden.



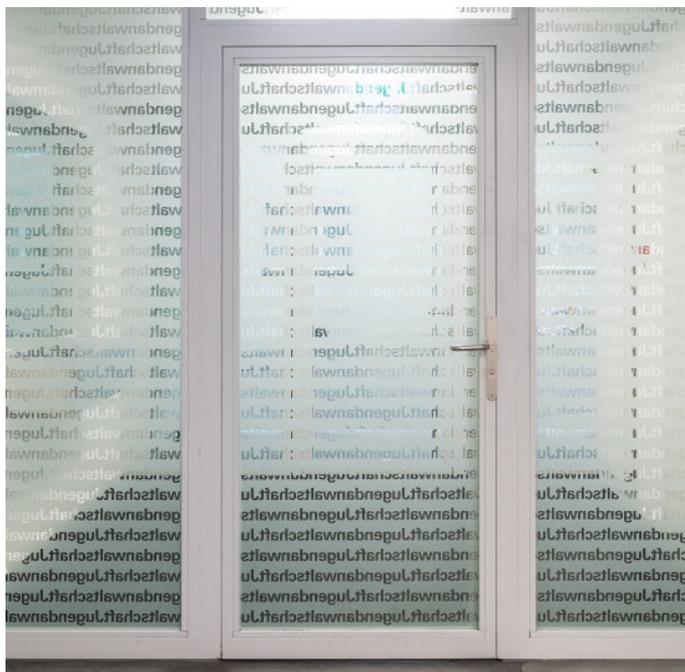
# Die Jugendanwaltschaft Basel-Stadt

**Ein Blick auf die Berichtsperiode 2021 zeigt, dass sich die Zahlen der Jugendanwaltschaft Basel-Stadt in einem ähnlichen Bereich wie diejenigen des Vorjahres bewegen. Bei den Festnahmen, deren Zahlen im Berichtsjahr gestiegen sind, sticht hervor, dass sich unter den Inhaftierten deutlich weniger im Kanton Basel-Stadt wohnhafte Jugendliche befanden, währenddessen die Zahl der Festnahmen von Asylbewerbenden sowie von Jugendlichen ohne Wohnsitz in der Schweiz beträchtlich anstieg.**

## Überblick

Die Pandemie hat den Alltag auch im Jahr 2021 noch immer beherrscht. Trotz allem vermochte die Jugendanwaltschaft ihrer Arbeit grundsätzlich mit nur wenigen Einschränkungen nachzugehen. Stets war es der Jugendanwaltschaft ein Anliegen, den direkten Kontakt zu den Jugendlichen und den weiteren Parteien nicht zu vernachlässigen und aufrecht zu erhalten. Dies galt nicht nur für das Ermittlungs- und Untersuchungsverfahren zur Klärung der Sachverhalte, sondern auch für die Persönlichkeitsabklärungen sowie den Massnahmenvollzug.

Im Strafvollzug war die Jugendanwaltschaft indes damit konfrontiert, dass der zeitnahe Vollzug der persönlichen Arbeitsleistung, der Hauptsanktion des Jugendstrafrechts, erschwert war und noch immer ist. Einige Arbeitsstellen nahmen respektive nehmen, solange der Pandemiezustand anhält, aus berechtigten Gründen keine Jugendlichen zur Arbeit auf, andere beschränk(t)en die Anzahl der Arbeitsplätze. Auch die Schlussbesprechungen bei den Jugendanwälten und der Jugendanwältin, bei welchen stets mehrere Personen zeitgleich zugegen sind und damit auch eine erhöhte Ansteckungsgefahr besteht, wurden weiterhin mit Zurückhaltung durchgeführt.



Die Jugendanwaltschaft verzeichnete – wie bereits im Vorjahr – auch im Berichtsjahr eine hohe Zahl an Falleingängen. Mit Blick auf die Grundsätze von Jugendstrafverfahren besteht für die Jugendanwaltschaft die Problematik der Handhabung der zahlreichen Verfahren gegen Jugendliche, die keinen Wohnsitz in der Schweiz haben und einzig in die Schweiz kommen, um hier Delikte zu begehen.

Einmal mehr zeigt sich, dass Basel für Kriminaltouristen – auch im Jugendbereich – ein ideales Ziel bietet. Direkt an der Grenze gelegen und verkehrstechnisch gut erschlossen, sind sie aus dem grenznahen Ausland im Handumdrehen hier, und ebenso schnell auch wieder weg. Sowohl im Bereich der Kriminaltouristen wie auch der Asylbewerbenden ist die Jugendanwaltschaft des Weiteren gelegentlich damit konfrontiert, dass Personen eigenen Angaben nach minderjährig sind, obschon ihr Aussehen darauf schliessen lässt, dass sie bereits volljährig sind.

## Statistik

Im Berichtsjahr wies die Jugendanwaltschaft Basel-Stadt 1083 (2020: 1057) Falleingänge auf. 1184 (1109) Fälle wurden abgeschlossen, dabei unter anderem mit 599 (474) Strafbefehlen sowie 14 (9) Anklagen an das Jugendgericht. Insgesamt wurden in sieben (10) Fällen Einsprache gegen den Strafbefehl erhoben; von diesen wurden drei (4) zur Beurteilung an das Jugendgericht überwiesen.

Die Jugendanwältin und die Jugendanwälte führten mit 133 (127) Kindern und Jugendlichen einzelrichterliche Verhandlungen durch. Unerledigt waren per 3. Januar 2022 448 (395) Verfahren. Der Sozialbereich führte achtzig (93) Abklärungen zur Person durch.

Im Verlaufe des Jahres 2021 wurden 179 (122, recte: 158) Jugendliche im Rahmen eines Strafverfahrens festgenommen. Aus dem Kanton Basel-Stadt stammten fünfzig (71); davon hielten sich 49 (31) Jugendliche hier als Asylbewerber auf. 22 (22) Jugendliche kamen aus anderen Kantonen; 53 (29) hatten keinen Wohnsitz in der Schweiz. 4.5 Prozent der Festgenommenen waren weibliche Jugendliche.

Bei sieben (10) Jugendlichen wurde Untersuchungshaft angeordnet, davon waren zwei (6) Jugendliche im Kanton

Erledigungen	2020	2021
Anklagen	9	14
Strafbefehle	474	599
Einstellungen, Nichtanhandnahmen, Abtretungen	523	455
Nachentscheide	10	9

**«In der Öffentlichkeit werden die Themen Jugendkriminalität und Jugendgewalt oft überspitzt und emotionsgeladen diskutiert. Es liegen indes keine Anhaltspunkte dafür vor, dass in den kommenden Jahren mit einer signifikanten Zunahme der Jugendkriminalität gerechnet werden muss.»**

Basel-Stadt wohnhaft. Bei zwei (3) Jugendlichen wurde die Haft durch das Zwangsmassnahmengericht nach Ablauf von sieben Tagen verlängert. Bei einer (2) weiteren in Basel-Stadt wohnhaften Jugendlichen wurde eine stationäre Beobachtung angeordnet.

Die Opferbefragungsgruppe befragte im Verlaufe des Jahres 2021 insgesamt 111 (121) mögliche Opfer und Auskunftspersonen. Davon waren es in Strafverfahren wegen Sexualdelikten 25 (40) und wegen häuslicher Gewalt 16 (25). In 28 (39) Befragungen blieb es bei einem Verdacht. Insgesamt wurden 51 (60) Einvernahmen mit Videoaufzeichnung durchgeführt. Total wurden 97 (101) Aufträge der Staatsanwaltschaft, einer (1) von Gerichten und/oder Drittstellen sowie 13 (18) der Jugendanwaltschaft erledigt.

Im stationären Massnahmenvollzug befanden sich Ende 2021 15 (13) Personen; bei keiner (0) dieser Personen ist die Unterbringung sistiert. Bei 34 (30) Personen sind ambulante Massnahmen und bei weiteren 23 (18) Personen Begleitungen hängig. Im Verlaufe des Jahres 2021 waren insgesamt zwei (3) Personen zur Verbüssung von Freiheitsentzügen in der Jugendabteilung des Untersuchungsgefängnisses untergebracht.

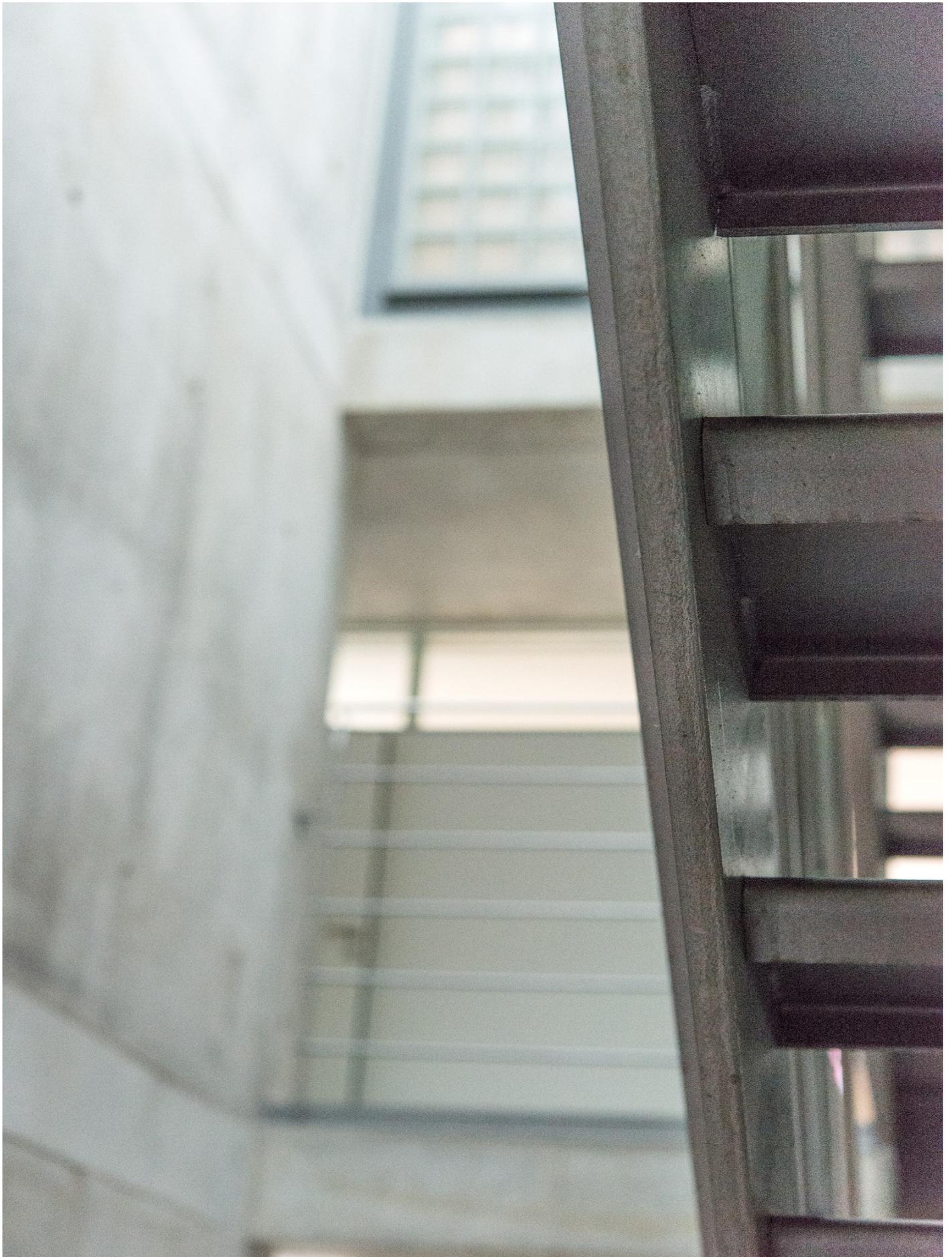
Der Nettoaufwand für Untersuchungshaft ausserhalb des Untersuchungsgefängnisses, für Beobachtungsaufenthal-

te in Institutionen und für den Straf- und Schutzmassnahmenvollzug betrug 2,3 Millionen Franken und lag damit 9.5 Prozent über dem Vorjahr.

#### Ausblick

In der Öffentlichkeit werden die Themen Jugendkriminalität und Jugendgewalt oft überspitzt und emotionsgeladen diskutiert. Es liegen indes keine Anhaltspunkte dafür vor, dass in den kommenden Jahren mit einer signifikanten Zunahme der Jugendkriminalität gerechnet werden muss. Durch zunehmende gesellschaftliche Polarisierungsprozesse und technologischen Wandel wird es allenfalls in qualitativer Hinsicht Veränderungen geben.







# Der Stab

**Der Stab der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt leistet Führungsunterstützung und Querschnittsdienstleistungen für die Abteilungen. Er umfasst das Sekretariat, die Ressorts Personelles und Logistik, Kasse und Rechnungswesen, Information und Kommunikation, Aus- und Weiterbildung sowie Informatik (§ 5 Verordnung über die Zusammensetzung, Organisation und Befugnisse der Staatsanwaltschaft).**

## Ressort Personelles und Logistik

Die Leitung Personal erbringt Dienstleistungen zur Unterstützung der Führungsverantwortlichen der Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt, aber auch zur Begleitung der Linie bei der Wahrnehmung dieser Verantwortung. Ihre Arbeit orientiert sich an festgelegten Qualitätsstandards.

Die Aufgaben umfassen Beratung der Führungsverantwortlichen in allen personalrelevanten Fragestellungen, Personalplanung, Rekrutierung, Anstellung und Einführung, Personalbetreuung und Personalfreisetzung. Die rückständigen Zeitguthaben (Ferien, Überzeit, Gleitzeit, Dienstaltersgeschenk, Schichtbonus) betragen im Berichtsjahr 29'880 Stunden (2020: 27'545).



## Ressort Aus- und Weiterbildung

Aufgrund der Personenbeschränkungen konnten kaum Weiterbildungsveranstaltungen wie bisher durchgeführt werden. Schulungen über Webmail, Zoom oder ähnliche aktiv-Videoportale erfüllten die Lernanforderungen dort nicht, wo das aktive Mitwirken der Teilnehmenden im Vordergrund stand. Die Herausforderung bestand denn auch darin, die Mitarbeitenden nach den besten Möglichkeiten zu schulen.

Im Rahmen des HRM 2020 konnten die Kaderkurse Führungsgrundlagen (ZPD-Kurse) und die CARO-Ausbildungen durchgeführt werden. Weiterbildungen zu Cybercrime, Refresher dialog@bs, aber auch Grundausbildung für Waffenträgerinnen und -träger sowie die Anwendung von Pfefferspray erfolgten. Die neue Ausbildungsmatrix der Staatsanwaltschaft wurde erfolgreich eingeführt, wobei nicht jeder Ausbildungswunsch der motivierten Mitarbeitenden erfüllt werden konnte. Die Pandemie führte zu einem Engpass bei den Kursanbietern und den verfügbaren Plätzen. Für rund zwanzig Kinder von Mitarbeitenden konnte ein Zukunftstag sowie für die Allgemeinheit ein Blutspendeanlass organisiert werden.

Von den knapp 300 einzelnen Weiterbildungsbegehren mussten 46 abgesagt oder verschoben werden. Dabei wurden Kurse beim Schweizerischen Polizei-Institut (61-mal), ZPD-Kurse (11-mal), CAS-Lehrgänge (3-mal Finanzermittlungen, 1-mal Jugendstrafverfolgung, 2-mal Grundausbildung Strafprozess, 1-mal Forensics und 1-mal Führen im Polizeieinsatz), Sprachkurse und Ermittlungskurse zu Cyberdelikten sowie ZfU Kurse (4-mal) besucht. Im Mehrjahresvergleich wurden weniger «Grossveranstaltungen», aber mehr einzelne Weiterbildungen im In- und Ausland (254 zu 252) besucht. In Zusammenarbeit mit der Fachgruppe 8 der Kriminalpolizei («Ausbildungsgruppe») wurden Eignungsabklärungen bei zwölf Mitarbeitenden und Abschlussprüfungen durchgeführt. Die Teilnehmenden bestanden die Prüfungen. Des Weiteren erfolgten in Zusammenarbeit mit den Staatsanwälten der Kriminalpolizei, der Jugendanwaltschaft und dem Leiter der Strafbefehlsabteilung sieben Weiterbildungsveranstaltungen für die Polizeischule, die Sicherheitsassistenten und den Lernverband der Kantonspolizei.

Im 2022 sollte die Ausbildung nach Ausbildungsmatrix konsolidiert und möglichen höheren Bedürfnissen ange-



passt werden, wobei Qualität vor Quantität geht. Die monatlichen Weiterbildungsveranstaltungen sollen wieder für alle Mitarbeitenden durchgeführt werden. Neben aktuellen kriminalitätsbezogenen Themen wie Cybercrime, Enkeltrickdiebstahl usw. soll am 20. Oktober 2022 eine Kader-tagung stattfinden.

### Ressort Informatik

Die Informatik ist für die Gewährleistung des gesamten Informatikbetriebs und den dazugehörigen Support der IT-Systeme und Fachapplikationen sowie für die Durchführung von IT-Projekten verantwortlich. Dazu gehört ebenfalls der Client-Support für circa 290 Mitarbeitende der Staatsanwaltschaft und der Jugendanwaltschaft. Es wird eine eigene redundante Server-Infrastruktur betrieben, welche sich in den kantonalen Rechenzentren IWB und EBM befindet und derzeit 74 Server (physikalisch und virtuell) umfasst.

Im März 2021 konnte das Ressort einen temporären Mitarbeitenden fest anstellen, zwei weitere externe Mitarbeitende haben das Ressort während des Jahres tatkräftig verstärkt, sodass es als Team von fünf Personen den Betrieb, Support, sowie die Projektrealisierung realisieren konnte. Es ist gelungen, per 1. Januar 2022 die beiden externen Mitarbeiter ebenfalls fest anzustellen. Leider ist immer noch seit über einem Jahr eine Stelle vakant und konnte nicht besetzt werden. Die Suche nach neuen Mitarbeitenden gestaltet sich immer noch sehr schwierig, da

wegen Corona viele ihre Informatik aufgerüstet haben und so gute Fachkräfte auf dem Markt fehlen oder für eine öffentliche Dienststelle nicht «bezahlbar» sind.

Trotz dieses Unterbestandes mussten 3120 Helpdesk-Anrufe und 1946 Helpdesk-Tickets verarbeitet werden, welche zum Teil die ganze Abteilung beschäftigt haben und extrem ressourcenintensiv sind. Im 2020 wurde wegen der Corona-Pandemie extra eine Home-Office-Infrastruktur mit 187 IGEL-Notebooks aufgebaut, welche die Abteilungen der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt immer noch rege nutzen.

Im Juni wurde die Informatik einer externen Analyse unterzogen. Diese Analyse zeigte verschiedene und teilweise bereits bekannte organisatorische Schwachstellen auf und hat diverse Empfehlungen abgegeben, welche weiter vertieft und umgesetzt werden müssen. Dies betrifft organisatorische Massnahmen im Bereich IT und der Staatsanwaltschaft sowie eine personelle Unterbesetzung.

Alle zwei Monate werden Projektstatusberichte zu den IT-Projekten im laufenden Jahr erstellt und aktualisiert. Diese werden der Geschäftsleitung aber auch auf einem internen Laufwerk allen Mitarbeitenden der Staatsanwaltschaft als Information zur Verfügung gestellt.

Mit Spannung erwartet das Ressort das neue Jahr und ist zuversichtlich, auch im 2022 wieder spannende Projekte in Angriff nehmen zu dürfen und die bestehenden Projekte



entweder zum Abschluss oder einen grossen Schritt vorwärts zu bringen. Dabei wird es auf die aktuelle prekäre Personalsituation, sowie die Anpassung der IT-Strukturen und die Abläufe ein starkes Augenmerk legen und hoffen, mit externer Unterstützung die Informatik für zukünftige Aufgaben gut aufstellen zu können.

### Ressort Information und Kommunikation

Mitte Jahr ist Kriminalkommissär Peter Gill als Chef Medien und Information der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt in Pension gegangen. Seit 2012 hat er die Medienstelle geleitet, weiterentwickelt und geprägt. Zu den frühen Herausforderungen – heute würde man im Jargon von «Challenges» sprechen – zählten (und zählen) die recht engen Vorgaben für die kriminalpolizeiliche und staatsanwaltliche Öffentlichkeitsarbeit in der seit Anfang 2011 wirksamen Schweizerischen Strafprozessordnung. Peter Gill hat die externe Kommunikation der Staatsanwaltschaft umsichtig daran ausgerichtet. Nicht minder bedacht und planvoll übergab er die bestens aufgestellte Medienstelle seinem Nachfolger.

Die angesprochene, sich aus der Strafprozessordnung ergebende Zurückhaltung in fallbezogenen Äusserungen, verstärkt durch die Beachtung kommunikationsethischer Werte, macht die Öffentlichkeits- und Medienarbeit der Staatsanwaltschaft anspruchsvoll. Zumal sich die Medien seit über zwei Dekaden immer schneller in einer Aufmerksamkeitsspirale drehen, die kommunikationstechnologische Entwicklung und der wirtschaftliche Druck die journalistische und redaktionelle Arbeit beschleunigen und neu «vermessen».

Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt stellt sich mit Blick auf die gesetzlich gegebenen und ethisch selbst gesetzten Vorgaben die Frage, wie sie gleichwohl am öffentlichen und medialen Diskurs teilhaben und dabei ihre Interessen oder Sichtweisen einbringen kann. Sie antwortet darauf

mit einer grundsätzlichen Offenheit bei allen nicht fallbezogenen Themen – beispielsweise zu Aufgaben, Abläufen, rechtlichen Vorgaben und dergleichen. Sie will ihre Arbeitsweise und die Gründe allfälliger Zurückhaltung in ihren öffentlichen Aussagen erklären mit dem Ziel, Vertrauen und Verständnis zu schaffen. Strafverfolgung als Teil der staatlichen Kernaufgabe «Sicherheit» muss und soll sich nicht verstecken.

Der Chef Medien und Information sowie der Chef Ausbildung gewährleisten wie vorgesehen rund um die Uhr Pikett für die Medienarbeit in Fällen akuter Aktualität. Mit dem Ziel, weniger Überzeit als in den Vorjahren anzuhäufen, suchten sie ab Mitte Jahr nach arbeitsorganisatorischen und technischen Lösungen, um diese Einsätze bei gleichbleibender Qualität für die Kunden effizienter zu gestalten. Indem sie digitale Kommunikationsmittel (iPhone, Tablet) stärker nutzen, sind einzelne Arbeitsschritte wie Erstellung, Versand und online-Publikation von Medienmitteilungen ortsunabhängig ausführbar.

Die Medienstelle hat im Berichtsjahr 142 (2020: 163) Medienmitteilungen verfasst und versandt. 26 (32) Interviews lassen sich sodann ausweisen. Blickend auf die pandemische Lage verzichtete die Staatsanwaltschaft darauf, die Polizeiliche Kriminalstatistik 2020 vor den Medien zu präsentieren. Sie wählte als Alternative eine ausführliche Medienmitteilung mit Dokumentation und ermöglichte den interessierten Medien Einzelinterviews mit den Verantwortlichen der Staatsanwaltschaft.

Im Jahr 2021 sind bei der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt vier (7) Zugangsgesuche gemäss Informations- und Datenschutzgesetz eingegangen. Davon wurden zwei (7) Gesuche gutgeheissen, eines vollständig abgelehnt und eines zurückgezogen. Wie bereits 2020 musste die Staatsanwaltschaft im Berichtsjahr einen weiteren Gesuchsteller der Zuständigkeit wegen an eine andere Behörde verweisen.

Die Medienstelle setzt ihre auf Vertrauensbildung ausgerichtete Medienarbeit nach den Vorgaben des Strafprozessrechts und gestützt auf kommunikationsethische Werte fort. Sie verbessert im Alltag und während des Pickett laufend die Abläufe und die Arbeitsweisen, um bei gleichbleibender Qualität in der Dienstleistung die (strukturell bedingte) Anhäufung von Überzeit abzubremesen.

### Ressort Kasse und Rechnungswesen

Aufgrund mehrerer gesundheitlich bedingter Ausfälle war die Arbeitsbelastung im Jahr 2021 sehr hoch. Die Abläufe für den im November 2020 eingeführte Kreditorenwork-flow konnten im Jahr 2021 weiter optimiert werden.

Die Arbeitslast der Kasse hat spürbar zugenommen. Die Personalaufstockungen in den Abteilungen generieren deutlich mehr Arbeit. Die Anzahl zu verarbeiteten Kreditorenbelege nahmen im Jahr 2021 um 180 auf 2400 Belege (+8%) zu. Bereits im Vorjahr gab es trotz Lockdown im Frühjahr 2020 eine Zunahme um 38 auf 2220 Belege (+2%).

Neben der steigenden Arbeitslast wird die Einführung der QR-Rechnungen (Ablösung der Einzahlungsscheine mit Referenznummern, ESR) das Jahr 2022 begleiten. Die Einführung QR-Rechnungen betrifft sowohl eingehende als auch ausgehende Rechnungen. Per 30. September 2022 werden die ESR vom Markt genommen.

### Betriebsergebnis 2021 der Staatsanwaltschaft

in 1000 Franken	Rechnung 2021	Budget 2021	Rechnung 2020
Personalaufwand	-41'067.7	-42'591.4	-39'626.5
Sach- und Betriebsaufwand	-18'746.2	-17'913.8	-17'986.1
Abschreibungen Kleininvestitionen	-141.5	-237.5	-182.2
Transferaufwand <sup>1</sup>	-2508.3	-1800.0	-2136.3
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-62'463.8</b>	<b>-62'542.7</b>	<b>-59'931.2</b>
Entgelte	18'357.5	22'282.0	21'438.0
Transferertrag <sup>2</sup>	963.7	985.0	942.0
<b>Betriebsertrag</b>	<b>19'321.1</b>	<b>23'267.0</b>	<b>22'380.0</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>-43'142.7</b>	<b>-39'275.7</b>	<b>-37'551.2</b>
Abschreibungen Grossinvestitionen	-29.5	-621.9	-845.8
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-43'172.1</b>	<b>-39'897.5</b>	<b>-38'396.9</b>

<sup>1</sup> Vollzug jugendstrafrechtlicher Schutzmassnahmen

<sup>2</sup> Beitrag des Bundes (Nachrichtendienst 875'000 Franken, Sicherheitskosten Asylmpfangs- und Verfahrenszentrum 88'675 Franken)

